Der

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6gespaltene Petitzeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr 43 — Sonntag, den 28. Oktober — 1917

Ueber die Neueinteilung des Reichsamts des Innern.

Die Neueinteilung des Reichsamts des Innern ist nunmehr beschlossene Sache. Der Reichstag hat den Plänen der Regierung zugestimmt; die neuen Staatssekretäre Wallraf und Schwander können nunmehr zeigen, wie sie der Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Zustände dienen wollen. Nicht, daß wir uns Illusionen hingäben, als ob sie den Wünschen der Arbeiterschaft Erfüllung bringen könnten — dazu ist die neue Anlage nicht geschaffen, dazu sind auch die kapitalistischen und reaktionären Einflüsse zu stark. Aber nach den Verheißungen, wonach durch die Tätigkeit zweier Staatssekretäre, statt des einen, eine bessere Erledigung aller einschlagenden Angelegenheiten eintreten werde, muß man schon mehr erwarten, als früher.

Ein Moment jedoch macht diese Verheißungen etwas verdächtig, das ist die Einstellung des bisherigen Staatssekretärs des Innern als Stellvertreter des Reichskanzlers. Bekanntlich hat sich Dr. Helfferich als eine starke Stütze der kapitalistischen Mächte bewährt; deshalb hat ihn die Mehrheit des Reichstags akzeptiert. Bei der Schaffung seiner neuen Stellung, in der er zunächst als ein dem Reichskanzler zur Seite stehender Unterhändler bei kommenden Friedensverhandlungen in Betracht kommt, ist nicht klar und deutlich der Umriß seiner ganzen Tätigkeit gezogen worden.

Zwar wurde von einigen Seiten im Reichstag gefragt, ob denn Herr Helfferich als Stellvertreter des Kanzlers eine Art Beeinflussung auf die Tätigkeit der Staatssekretäre Wallraf und Schwander ausüben könne und ob sie seinen etwaigen Weisungen nachzukommen hätten. Eine klare Antwort ist darauf nicht erfolgt, schon um die Zustimmung der Mehrheit zu dieser neuen Stelle nicht zu gefährden. Für jeden, der den Gang der Dinge kennt, ist es aber zweifellos, daß der Stellvertreter des Reichskanzlers, welch letzterem allein die Entscheidung über alle Angelegenheiten zusteht, als Mittelglied zwischen dem Kanzler und den Staatssekretären eine Einflußsphäre beherrscht, die von seinen Ideen und Absichten nicht frei ist.

Dagegen könnte als Widerstandskraft nur die eigene Dispositionsfähigkeit der Staatssekretäre Wallraf und Schwander, sowie deren Ueberzeugungsfestigkeit in wirtschaftlichen, speziell sozialpolitischen Dingen in Betracht kommen. Nicht mit Unrecht wurde im Reichstag auf die Reibungsflächen hingewiesen, die in dieser Beziehung durch die Einsetzung eines besonderen Stellvertreters des Reichskanzlers von den Aspirationen Dr. Helfferichs entstehen. Schließlich muß man jedoch annehmen, daß in Differenzfällen, die zwischen den nunmehr bestallten Staatssekretären eintreten können, der Reichstag auch ein Wort mitredet. Besser ist allerdings stets die ungestörte Einheitlichkeit des Handelns.

Wie sich indes die Personalverhältnisse auch gestalten mögen, der Schwerpunkt liegt, was die Sache anbetrifft, nach unserer Ansicht beim Reichstag. Versteht es der Reichstag seinen Einfluß mehr und zwar in fortschrittlicher Richtung, zur Geltung zu bringen, nicht die Initiative der Regierung allein zu überlassen, so muß diese auf die bisherige einseitige Gestaltung aller Angelegenheiten verzichten und mehr als ausführendes Organ des Parlamentswillens wirken. Und der Reichstag seinerseits hat auf die Bedürfnisse der Allgemeinheit mehr zu achten, und die Initiative für die Gesetzgebung zu ergreifen. Geschieht dies, dann ist er der Unterstützung der weitesten Volkskreise sicher. Mit dieser bildet er eine Macht, der die Regierung sich fügen müßte, denn mit der Unterstützung der reaktionären Kreise allein vermag sie nicht gegen einen vorwärtsstrebenden Reichstag sich zu halten. Was die Arbeiter anbelangt, so werden diese nach der Neueinteilung des Reichsamts des Innern noch mehr vorwärts drängen, als bisher. Denn nunmehr sind ja mehr Kräfte als sonst zur Ausführung der notwendigen Arbeit in der Regierung zur Verfügung.

Leider ist die Neueinteilung des Reichsamts nicht so vor sich gegangen, wie das die Vertreter der Arbeiter im Reichstag wünschten, die die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes forderten. Diese alte, so selbstverständliche Forderung wurde von der Regierung abgelehnt, und die bürgerlichen Parteien setzten sich schließlich nicht dafür ein. Der diktatorisch-kapitalistische Geist beherrscht sie noch zu sehr, als daß hier eine mehr arbeiterfreundliche Sozialpolitik durch eine entsprechende Kontrolleinrichtung fördern könnten. Es wird daher noch mancher scharfe Kampf um die Einrichtung eines Reichsarbeitsamts oder gar eines Reichsarbeitsministeriums zu führen sein.

Diese Forderung im Auge haltend, werden die Arbeiter die jetzt gegebene Neueinrichtung nach allen Seiten und nach allen Regeln sozialpolitischer Tätigkeit ausnützen müssen. Vorerst muß man freilich abwarten, was die Tätigkeit der neuen Staatssekretäre Wallraf und Schwander, die man als kenntnisreiche Sozialpolitiker gepriesen hat, bringt. An ihren Taten muß dann die Sozialpolitik der organisierten Arbeiter einsetzen. Aus ihren Taten wird auch bald zu ersehen sein, ob sie den alten Schlendrian fortsetzen oder wirklich neuzeitlichen Anforderungen entgegenkommend sozialpolitische Wege betreten, auf denen sich die Erfüllung vieler notwendiger Forderungen der Arbeiter erreichen läßt.

In dieser Beziehung darf man sich nicht auf die Zeit nach dem Kriege vertrösten lassen. Bereits jetzt drängen, wie wir oft nachwiesen, eine Reihe von Fragen zur Lösung, die nicht zurückgestellt oder gar unbeachtet bleiben dürfen. Die Zeit nach dem Kriege bedarf jetzt schon rüstiger Vorbereitung. So wird die Regelung der Uebergangswirtschaft von großer Bedeutung für die wirtschaftlichen Verhältnisse in der normalen Friedenszeit sein. Uebergangswirtschaft und Sozialpolitik ist nicht auseinander zu halten, deshalb muß mit der Vorbereitung jener die Aktivität dieser Hand in Hand gehen.

Von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet, haben die gewerkschaftlichen Organisationen ihre Kräfte zu stählen, um ihren Forderungen mehr Gewicht zu verschaffen. Was sie wollen, ist der Regierung und dem Reichstag nur zu gut bekannt. Das Programm ihrer Forderungen wird beiden bald präsentiert werden. An ihnen wird die Tätigkeit der neuen Staatssekretäre ehestens zu prüfen sein. Von dieser Prüfung wird alles abhängen. Bei den Friedensverhandlungen selbst kommt ein wesentlicher Teil der Arbeiterforderungen, die in Stockholm formuliert wurden, selbst in Betracht. Sie sind der Schlüssel zur Aufschließung einer gesunden, gedeihlichen Sozialpolitik kommender Zeit. Dabei werden die neuen Staatssekretäre mitwirken müssen. Wie sie diese Aufgabe erledigen werden, das wird für die Haltung der Arbeiter mitbestimmend sein.

Vor allem muß dabei die Diktatur des Kapitalismus gebrochen werden. Das ist eine Grundforderung der international beratenen und verbundenen gewerkschaftlichen Organisationen. Möge das an den entscheidenden Stellen beherzigt werden!

Etwas muss geschehen.

Der Streit um die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln geht weiter. Im Reichstag gibt man sich alle Mühe, die Uebelstände abzustellen, die in steigendem Maße sich vermehren, aber immer neue Praktiken der Lebensmittelverteurer machen alle die kleinen Maßnahmen, die gegen sie getroffen werden, zuschanden. Die sog. freie Wirtschaft ist eben nicht geeignet, bei so gewaltigen Ereignissen wie dem Weltkrieg eine geregelte Ernährung des Volkes zu garantieren.

Das Haupthindernis einer rationellen Wirtschaft ist die Gewährung der Gewinnmacherei, die mit dem äußersten Raffinement dieses Privileg ausnützt. Niemals hat der Wucher solche Orgien gefeiert! Wo beginnt überhaupt die Grenze, die man sonst zwischen dem soliden, reellen Geschäft und dem Wucher zog? Sie ist mit amtlicher Genehmigung verschwunden. Die amtliche Genehmigung finden nämlich die Gewinnmacher in den Maßnahmen, die im Verordnungswege zur Feststellung von Preisen getroffen worden sind. Da werden für verschiedene Lebensmittel amtlich Preise festgesetzt, die hundert, zweihundert, ja bis 800 und 1000 Prozent höher sind, als vor dem Kriege.

Die Höchstpreise für Kartoffeln sind 150—200 Prozent höher, für Fleisch 250—300 Prozent, für Brot zirka 100 Prozent, für Eier 900—1000 Prozent usw. usw. Es wird lebhaft bestritten, daß diese Preise gerechtfertigt sind. Der Streit darüber tobt bis in die gesetzgebenden Körperschaften hinein. Alle Welt ist sich klar, daß diese hohen Preise durch höhere Produktionskosten nicht gerechtfertigt werden können. Man verlangt eine Aufmachung über die Ursachen der Höchstpreise mit genauer Berechnung der Erzeugungskosten, um dadurch eine Herabsetzung der Preise zu ermöglichen. Weiter wird die Beschlagnahme einer ganzen Reihe von Artikeln verlangt, um dadurch einen Druck auf die Preise zu erzielen und eine gleichmäßige Verteilung der Nahrungsmittel auf das ganze Reich zu ermöglichen. Man doktert hier und quacksalbert dort, aber nichts hilft, und ratlos blickt die Menge hungernd in die Zukunft.

Das sind doch alles Dinge, die zu denken geben, die jeden veranlassen müßten, die Grundursachen des Uebels klarzulegen. Statt dessen werden allerhand Umstände benutzt, um ein falsches Bild über die Ursachen der Kalamität zu geben. Die ungemein durch den Krieg herabgedrückte Einfuhr; die wachsenden Schwierigkeiten des Transports; der Arbeitermangel auf dem Lande; die sinkende Valuta; technische Schwierigkeiten in der Produktion; sogar — die Sicherung der Existenz der Produzenten nach dem Kriege — und was sonst noch — soll die unerhört hohen Preise für Lebensmittel rechtfertigen. Wo bleibt da die Wahrheit?

In Wirklichkeit sind so viel Lebensmittel vorhanden, daß die Bevölkerung damit das Leben notdürftig erhalten könnte. Muß da der große Teil des Volkes nur deshalb mehr darben, weil es durch die hohen Preise für sogenannte Auslandsware Besitzenden möglich ist, sich besser zu versorgen? Müssen die Preise für Inlandswaren an den Preisen für Auslandswaren gemessen werden, um die Einfuhr von Auslandswaren zu ermöglichen oder um den Abstand der Preise nicht so grell hervortreten zu lassen? Muß man die Auslandswaren nur den Besitzenden überlassen oder sind sie in so schweren Zeiten nur vom Staat aufzukaufen und gleichmäßig zu verteilen, unter stärkerer Heranziehung der Besitzenden zu den Kosten? Muß der Spekulation mit Lebensmitteln — die unentwegt weiter betrieben wird — ein gewisser Spielraum gegeben werden, um angeblich das Wirtschaftsleben aufrechtzuerhalten? Muß vielleicht ein höherer Gewinn den Produzenten garantiert werden, damit sie nach dem Kriege ihre Existenz fortführen können?

Es kann eine Legion von Fragen gleicher und noch schwererer Art gestellt werden, deren wahrheitsgemäße Beantwortung die Richtigkeit all der Gründe nachweist, die zur Rechtfertigung der unerhörten Verteurung aller Lebensmittel dienen müssen. Staunen wird man, wenn durch den Krieg selbst von bürgerlichen Nationalökonomen — wie es zum Teil schon geschah — der ungeheure Schwindel aufgedeckt werden wird, der mit der Teurung getrieben wird, vielmehr, durch den sie verursacht wurde. Es ist dieselbe Methode, wie sie in Friedenszeiten getrieben wird, nur ist sie ins Ungeheuere gesteigert und ins Große verzerrt. Es ist mit einem Wort die entartete kapitalistische Methode der Gewinnmacherei. Wie der Krieg auf politischem Gebiet die greulichste Entartung darstellt, so der Kriegswucher, den man Teurung nennt, auf wirtschaftlichem Gebiet. Die beiden Ungeheuer, Krieg und Kriegswucher, entspringen dem gleichen System, das die Grundursache allen Uebels ist und schuldbeladen sich weiter zu behaupten versucht.

Wir wissen wohl, daß wir hiermit nichts Neues sagen, aber zur Klärung der Ursachen der aufreizenden Uebelstände ist es notwendig, zu wiederholen, was der Wahrheit dient. Wir wissen ebensogut, daß die Uebelstände in der Volksernährung gemildert werden können, ohne daß das kapitalistische System erschüttert oder beseitigt wird. Aber die Vorschläge, die zur Besserung von den Gewerkschaften gemacht worden sind, fanden keine Berücksichtigung. Was ist nun eigentlich schlimmer, das Uebel selbst, oder die Nichtanwendung von praktischen Mitteln, die das Uebel mindern können?

Jedenfalls ist das letztere das Schlimmere, denn es fügt zu dem Mangel noch den Unwillen über verfehlte oder unterlassene Maßnahmen. So wirkt alles zusammen, um das Unheil des Krieges und seine Folgen noch furchtbarer zu machen.

Nun taucht noch einmal eine Hoffnung auf, daß mit der Neueinteilung und der Neubesetzung der wichtigsten Wirtschaftsämter des Reiches eine Verbesserung der Volksernährung kommen könnte. Ob auch diese Hoffnung trügen wird?

Etwas muß jedenfalls geschehen, um in der Bevölkerung den Gleichmut zu erhalten, der zur Ertragung schwerer Zustände notwendig ist. Und was geschehen muß, muß bald getan werden, ehe der Winter neue Kämpfe bringt, die sich aus dem Volk bis in die Parlamente fortpflanzen. Kämpfe um die Ernährung sind aber von unberechenbarer Tragweite, darum muß alles getan werden, sie zu verhindern.

Schlechte Aussichten für die Tabakindustrie.

Die Lage der deutschen Tabakindustrie ist gegenwärtig keineswegs rosig zu nennen. Wenn auch durch die enorme Preissteigerung der Fabrikate die Fabrikanten trotz der Einschränkung der Erzeugung noch recht anständige Gewinne herausschlagen, so muß doch die Gesamtsituation als durchaus ungünstig bezeichnet werden. Der Mangel an Rohtabak führt zu immer neuen Erscheinungen und das Alte kracht in allen Fugen. Was noch werden wird, wenn nicht bald der Friede einkehrt, ist nicht auszudenken. Jedenfalls ist der Abstieg

noch lange nicht beendet und die Wiederkehr einer normalen Erzeugung und geordneter Verhältnisse so bald nicht zu erwarten. Die Wolken, die sich in letzter Zeit am Himmel unserer Industrie zeigen, sind besonders dunkel, denn die Zufuhr ausländischen Rohtabaks wird immer schwerer. Nach der Verständigung zwischen Holland und Deutschland, die uns die Aufhebung des holländischen Ausfuhr- und des deutschen Einfuhrverbots brachte, konnte uns eine leise Hoffnung auf Besserung beleben. Tatsächlich sind ja auch einige Tausend Kilogr. der in Holland zur Einschreibung gelangten Tabake von deutscher Hand gekauft werden, aber es war doch nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Höchstwahrscheinlich werden die noch in Aussicht genommenen Einschreibungen gar nicht stattfinden, denn bei der mangelnden Zufuhr aus den holländischen Kolonien dürften die Holländer zunächst an die eigene Fabrikation im Lande denken und die Vorräte, die ohnehin nicht groß sind, reservieren wollen, so daß am Ende wieder mit einem Ausfuhrverbot zu rechnen ist.

Die Zufuhr nach Holland hat allmählich so gut wie ganz aufgehört. Nicht nur, daß keine amerikanischen Tabake mehr nach Holland gebracht werden können, die Beschützer der kleinen Nationen, England und Amerika, gestatten den Holländern nicht mehr, Handel mit ihren eigenen Kolonien zu treiben, so daß auch eine Einfuhr aus Java, Sumatra und Borneo nicht mehr möglich ist. In Amerika liegen nahezu hundert holländische Schiffe, denen die Weiterfahrt verweigert wird, weil sie nicht Waren für die Ententeländer transportieren wollen. Man schneidet ihnen, wenn es nicht anders geht, einfach die Einnahme von Kohlen ab, die unterwegs notwendig ist. Da hundert Ozeanschiffe ein sehr großer Teil der holländischen Handelsflotte ist, im übrigen auch viele Schiffe zum Transport von Nahrungsmitteln gebraucht werden, bleibt ohnehin kaum noch Schiffsraum zum Transport von Tabak übrig. Außerdem plant Amerika ein Handelsverbot gegen sämtliche Neutrale, und wenn Holland deswegen und wegen des beschränkten Schiffsraums immerhin noch ein wenig Handel mit seinen Kolonien treiben könnte, so hat England die Telegraphenkabel fast der ganzen Welt in Händen und ist drauf und dran, die Kabel für den Handel der Länder, die nicht zu der Entente stehen, zu sperren. Für Handel und Schiffahrt ist die telegraphische Verbindung unbedingt notwendig; sperrt England diese, so bedeutet es für Holland, daß ihm der Handel überhaupt, insbesondere sogar der Handel mit seinen Kolonien, gesperrt wird.

Aus diesen Tatsachen läßt sich nun erklären, daß in der nächsten Zeit Zufuhren an Rohtabak weder aus Amerika noch aus den ostindischen Kolonien nach Holland zu erwarten sind. Erhielten wir in Deutschland auch nichts von den amerikanischen Tabaken, die ja dem Niederländischen Ueberseetrust (NOT) unterstanden, so lag es doch nicht in der Macht der Entente, den Weiterexport des aus den eigenen Kolonien eingeführten Tabaks zu verhindern. Nun freilich das Mittel gefunden ist, Hollands gesamten Außenhandel lahmzulegen, ist selbstverständlich die Möglichkeit neuer Zufuhren und damit auch der Handel nach anderen Ländern so gut wie vorbei. Und dabei liegen in den holländischen Kolonien ungezählte Tausende Ballen Rohtabak nicht nur der letzten Ernte, sondern auch schon der vorhergegangenen Ernten, fressen Kapital und verderben womöglich, während die holländischen Pflanzergesellschaften in Sorge sind über die weitere Finanzierung ihrer Unternehmen. So schildert z. B. der Amsterdamer Korrespondent der „Vereinigten Tabak-Zeitungen" die Situation in Holland folgendermaßen:

„Bruder Jonathan hat John Bull den Dirigentenstab im Ententekonzert aus der Hand genommen. Der Ton, worin die Neutralen das Lied vom Schutze der kleinen Nationen anstimmen sollen, wird nicht mehr mit dem [illegible] Taktstock, sondern mit einem dicken Knüppel angegeben. Die Verbindung von Holland mit seinen ostindischen Kolonien ist abgeschnitten. Die Vereinigten Staaten verweigern holländischen (und skandinavischen) Schiffen die Kohlenaufnahme in amerikanischen Häfen, weil diese Länder Verbindung mit Deutschland haben; der Weg um Südafrika ist ebenso unmöglich, da auch am Kap keine schwarzen Diamanten mehr erhältlich sind. Gleichzeitig hat die Regierung des Herrn Wilson erklärt, daß San Francisco weiter [illegible] werden darf, aber die Grenzen schreiben, [illegible] liegen mehr als 60 holländische Getreidedampfer in Amerika fest. Die in Batavia auf Ausfuhrbefehl harrenden, vollgeladenen Schiffe sind angewiesen, zu Hause zu bleiben, um nicht auch der Gefahr ausgesetzt zu sein, bei Ankunft in der großen Republik der Freiheit requiriert — das richtige deutsche Wort für requirieren will mir nicht einfallen — zu werden. Java und Sumatra werden wirtschaftlich also fast völlig isoliert. Der Vollständigkeit halber hat England verraten, daß keine holländischen Handelsdampfer über die englischen [illegible] laufen sollen, solange — aus Deutschland und Belgien über holländisches Gebiet Sand und Steine befördert werden. Das Aushungerungssystem steht also in voller Blüte. [illegible] mit der [illegible], wenn [illegible] die Hoffnung auf die Wiederaufnahme der [illegible] zu Beginn nächsten Jahres noch [illegible] die Friedensstimmung durch die englischen [illegible] immer mehr [illegible] werden. [illegible] für absehbare Zeit unter dem [illegible]. [illegible] Die Frage, ob nicht [illegible] wieder [illegible] erlassen wird, ist akut. Der Erlaß wird [illegible] von der [illegible] abhängen, durch [illegible] der Großhandel im Einvernehmen mit der Regierung der [illegible] 60 000 Ballen Java und Sumatra [illegible] Distribution ist erst ein Drittel [illegible] im Januar [illegible] die Aufhebung des Ausfuhrverbots [illegible]. Es steht nun dahin, welche Gesichtspunkte [illegible] geänderten Sachlage geltend werden [illegible] Regierung zu einer Stellungnahme in der Tabakfrage [illegible]."

Daß eine solche Situation auf dem holländischen Tabakmarkt auf unsere deutsche Tabakindustrie, besonders aber auf die Zigarrenindustrie, von schädlicher Wirkung sein muß, ist klar. Wenn schon bei verhältnismäßig noch reichlicher Zufuhr holländischen Tabaks eine Kontingentierung von vierzig v. H. der Verbrauchsmenge der ersten sieben Monate des Jahres 1916 nötig war, so läßt sich denken, daß über kurz oder lang, wenn keine Aenderung eintritt, eine weitere Herabsetzung der Verbrauchsmenge zu erwarten ist. Unsere Fabrikation mag noch im Augenblick aus älteren Deckblattbeständen zehren, aber in Bezug auf Umblatttabake dürfte die Metag schon heute ihre liebe Not haben, den im Rahmen des Kontingents gestellten Ansprüchen zu genügen.

Wie sehr schon ohne die besonderen Drangsalierungen der Ententemächte die Einfuhr von Rohtabak nach Holland abnahm, zeigt die Gegenüberstellung der Zahlen von 1915 und 1916. Während im Jahre 1915 in Holland an Rohtabak und Tabakerzeugnisse 146410 Tonnen eingeführt wurden, waren es 1916 nur 126111 Tonnen, also schon erheblich weniger. Von dem in Holland eingeführten Tabak wird nur der geringste Teil dort verarbeitet; so wurden 1915 ausgeführt 118868 Tonnen, 1916 dagegen 144895 Tonnen. Das ist die Gesamtausfuhr, die uns aber im Augenblick weniger interessiert. Wichtiger ist für uns, zu wissen, welche Mengen davon nach Deutschland gingen. Zunächst sei vermerkt, daß im Jahre 1914 von Holland nach Deutschland 58634 Tonnen Rohtabak und Tabakfabrikate gingen (der Anteil an Tabakfabrikaten ist gering); im Jahre 1915 waren es dagegen 88346 Tonnen und im Jahre 1916 sogar 116625 Tonnen. Daraus geht hervor, daß die Einfuhr nach Deutschland in den Kriegsjahren 1915 und 1916 enorm gestiegen war. Gewiß dürfte ein Teil dieser Einfuhr als Vorrat auf Lager gelegt worden sein, so daß noch jetzt davon gezehrt werden kann, aber die starke Erzeugung in den beiden genannten Jahren hat natürlich auch einen gesteigerten Verbrauch von Rohtabak zur Folge gehabt; außerdem darf nicht vergessen werden, daß uns die Zufuhren amerikanischer Tabake auf dem Hamburger und Bremer Markt fehlten, so daß lange nicht alles, was über die normale Einfuhr hereinkam, als Reserve auf Lager gelegt werden konnte. Aber so groß auch die Einfuhr im Jahre 1916 war, das erste Halbjahr 1917 brachte uns nur eine Einfuhr von rund 8500 Tonnen. Mag auch im zweiten Halbjahr 1917 etwas mehr eingeführt werden, viel wird es nicht sein, so ist jedenfalls der ungeheure Rückgang für unsere deutsche Tabakindustrie äußerst bedenklich. Zum Teil kommt ja allerdings der Rückgang auf das Konto des, sagen wir einmal, deutsch-holländischen Tabakkrieges, auf die Ein- und Ausfuhrverbote; jedoch das Schlimme ist, daß wir während des Krieges kaum noch in der Lage sein werden, den Ausfall wieder nachzuholen, oder nur auf unsere normale Einfuhrziffer zu kommen. Es wird kaum noch etwas auszuführen sein in Holland.

Woher nun nehmen und nicht stehlen? So gut auch nach Menge und Güte unsere deutsche Tabakernte ausgefallen sein mag, sie reicht zum vollen Ersatz der abgeschnittenen Einfuhrmengen längst nicht aus. Nicht nur, daß die Verbraucher sich also nach der Decke strecken müssen, die Preise für Tabakfabrikate werden demnach noch enorm gesteigert werden, vor allem hat die Tabakindustrie verdammt schlechte Aussichten für die nächste Zukunft und sie muß schon alles aufbieten, um ihren inneren Halt nicht zu verlieren. Am dunkelsten ist, wie immer, die Zukunft der Tabakarbeiterschaft, denn den letzten beißen bekanntlich die Hunde. Manche können sie durch ihre Organisation freilich abwenden. Hoffen möchten wir, daß es anders und besser kommt, als wir es aus den Tatsachen schließen müssen.

Daß die Unterbindung der Rohtabakzufuhr auf die militärische und politische Stellung Deutschlands keinen Einfluß ausübt, so sehr auch unsere männliche Bevölkerung, insbesondere unsere Soldaten, dem Tabakgenuß zuneigen, wissen die Engländer und Amerikaner auch. Es ist auch nicht ihr Zweck, uns den Rauchgenuß an sich zu sperren, sondern es gilt unserem Handel und unserer Industrie, der wirtschaftlichen Lahmlegung Deutschlands überhaupt. Das wird dauernd zwar nicht gelingen. Vorläufig aber müssen wir uns in der Tabakindustrie auf weitere Unannehmlichkeiten gefaßt machen.

Beschlagnahme des Zigaretten-Rohtabaks.

WTB. **Berlin**, 22. Oktober. Durch eine Bundesratsverordnung vom 20. Oktober wird der im Inland vorhandene oder aus dem Ausland zur Einfuhr gelangte Zigarettentabak ebenso wie der nach Inkrafttreten der Verordnung aus dem Ausland eingeführte feingeschnittene Tabak zu Gunsten der Deutschen Zigarettentabak-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. in Dresden beschlagnahmt. Soweit die Gesellschaft käufliche Ueberlassung nicht verlangt, dürfen trotz der Beschlagnahme Hersteller von zigarettensteuerpflichtigen Erzeugnissen ihre im Inland befindlichen Vorräte sowie ihre Vorräte, die sich zwar bei Inkrafttreten der Verordnung noch im Auslande befinden, jedoch schon aus dem Erntejahr 1916 oder einem früheren Erntejahr stammen, verarbeiten. Für die Verarbeitung von Zigarettenrohtabak kann der Reichskanzler Höchstmengen festsetzen. Wer beschlagnahmten Tabak in Gewahrsam hat, ist verpflichtet, den Tabak aufzubewahren und pfleglich zu behandeln. Die näheren Bestimmungen, namentlich über die Festsetzung der Uebernahmepreise, werden vom Reichskanzler getroffen. In die Geschäftsführung der Gesellschaft kann der Reichskanzler durch Vertreter Einsicht nehmen lassen, die das Recht haben, gegen Beschlüsse und Entscheidungen der Gesellschaftsorgane Einspruch mit aufschiebender Wirkung zu erheben. Die Verordnung tritt sofort in Kraft. Zu gleicher Zeit ist die Verordnung vom 19. April 1914 über die Einfuhr von Zigarettentabake nebst den Ausführungsbestimmungen dazu außer Kraft gesetzt worden. Die durch die neue Verordnung ermöglichte Regelung des Tabakeinkaufs zur Versorgung der deutschen Zigarettenindustrie ist erforderlich, um die Preisauswüchse, die sich allmählich auf dem orientalischen Tabakmarkt sowohl zum Schaden unserer Valuta, als auch eine Gefahr für die Zukunft unserer Zigarettenindustrie entwickelt haben, wirksam zu bekämpfen.

Das Verlangen nach Lohnerhöhung.

Es ist kein Wunder, daß bei den gegenwärtigen Preisen für alle Bedarfsartikel und der noch täglichen Steigerung dieser Preise die Tabakarbeiter immer mehr in eine sie schwer bedrängende Lage kommen. Mit dem besten Willen ist es nicht möglich, mit dem Verdienst auszukommen, zumal auch seit Beginn der starken Kontingentierung und dem Ueberfluß an Tabakarbeitern nicht nur in manchen Betrieben mit mehr oder weniger starker Einschränkung gearbeitet wird, sondern auch die Anforderungen an die Leistungen wieder größer geworden sind. Kam es zur Zeit der Hochkonjunktur nicht so genau darauf an, so werden jetzt wieder allerlei Ansprüche an die Tabakarbeiter gestellt. Es ist deshalb begreiflich, wenn die Kollegen und Kolleginnen bestrebt sind, ihren Verdienst mit den Teurungsverhältnissen in Einklang zu bringen. Von einer Reihe von Zahlstellen gehen uns Mitteilungen zu über eingeleitete Lohnbewegungen, bei denen die Forderungen über das bei unserer allgemeinen Bewegung zuletzt Geforderte hinausgehen. So z. B. geht uns auch wieder der untenstehende Bericht von Lorsch zu. Daß ein berechtigtes Bedürfnis nach Lohnerhöhung besteht, können wir natürlich nicht bestreiten, doch möchten wir raten, nicht vom Ganzen getrennt in einzelnen Orten und Betrieben Forderungen zu stellen, sondern es im bisherigen Rahmen zu machen, indem ein gemeinschaftliches Vorgehen der drei Tabakarbeiterorganisationen den besten Erfolg verspricht, da es wesentlich auf die Gesamtlage der Tabakarbeiter ankommt. Die Leitungen der drei Tabakarbeiterorganisationen werden sich gewiß genötigt sehen, der Situation Rechnung zu tragen.

Lorsch. Infolge der fortgesetzten Teurung aller Lebens- und Bedarfsartikel, wie Kartoffeln, Brot, Fleisch, Milch, Butter und Gemüse, als auch Kohlen, Holz, Schuhe, Kleider usw. haben sich die hiesigen organisierten Tabakarbeiter an ihre Bezirksleiter gewandt mit der Bitte, eine neue Lohnbewegung einzuleiten. Es haben dieserhalb in letzter Zeit verschiedene Sitzungen und Versammlungen stattgefunden, um über die notwendigen Schritte zu beraten. Auf einer am Montag dem 15. Oktober stattgehabten sehr stark besuchten allgemeinen Tabakarbeiter-Versammlung, in welcher Kollege Hartmann vom christlichen Tabakarbeiter-Verband über das Ergebnis der seitherigen Beratungen Bericht erstattet und Kollege Schnell vom freien Verband zu einmütiger und geschlossener Zusammenarbeit aufforderte, wurde beschlossen, bei allen Firmen, wo die Arbeiter alle, oder in der Mehrheit organisiert sind, Forderungen einzureichen. Da aber die Grundlöhne in der Zigarrenindustrie viel zu niedrig sind, so daß eine Erhöhung der Prozente doch nicht viel ausmachen würde, beschloß die Versammlung einstimmig eine Erhöhung der Grundlöhne zu fordern und zwar für alle Zigarrenarbeiter 2 M, für Wickelmacher 1 M, für Sortierer 30 bis 50 ₰ für tausend Stück mehr. Für Ripperinnen und Tagelöhner eine Erhöhung der Stundenlöhne um 8 bis 20 ₰. In der Hoffnung, daß alle Arbeiter hinter diesen Forderungen stehen und sich alle den Organisationen anschließen werden, wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Bewilligte Lohn- und Teurungszulagen in der Tabakindustrie.

Bremen und Umgegend. Die Firma Heuermann u. Traube, die bereits eine 30prozentige Teurungszulage bewilligte, erhöhte die Löhne um 1 M Promille und die Firma Johs. Lühning um insgesamt 65 Prozent und die Firma Br. Rüdiger um insgesamt 62 Prozent. Die Firma Aug. Müffel und H. O. Wendt erhöhten die Lohnzulage auf 30 Prozent und die Firma A. Obermeyer, die bereits die Löhne um 35 Prozent erhöht hatte, um weitere 2 M Promille.

Emmendingen (Baden). Die Firma M. Bloch u. Komp. erhöhte die Löhne insgesamt um 10 Prozent für Sortierer, 30—40 Prozent für Zigarren- und Wickelmacher und um 50—60 Prozent für Deckblattzurichter.

„Auslandsware".

Dem „Vorwärts" wird geschrieben: Sie schmeckt nicht anders, ähnelt den einheimischen Fabrikaten wie ein Ei dem andern, nur ist sie entsprechend teurer. Denn das einzige Kennzeichen richtiger Auslandsware ist der gepfefferte Preis. Obst, das aussieht, als ob es in der Mark gezogen sei, Käse, der dem einheimischen Quark wunderbar ähnelt, Süßigkeiten, die genau so viel Mehl und andere Ersatzstoffe enthalten, wie die derzeitigen deutschen Fabrikate, alles ist Auslandsware, wenn es mit entsprechenden Preisen ausgezeichnet ist. Für den, dem es nicht aufs Geld ankommt, ist eben noch alles da, er braucht ja nur „Auslandsware" zu kaufen. Neuerdings, bei der herrschenden Tabakknappheit, macht sich die Auslandsware auch in der Kautabackindustrie bemerkbar. Nordhausen, das sich bei fast allen Tabakkauern eines guten Rufes erfreut, wird verdrängt durch Kopenhagen. Auch hier verdammte Aehnlichkeit mit Made in germany. Aber es ist Auslandsware! In einem speziellen Falle sah die so aus: der Kautabak war fein säuberlich eingewickelt in bedrucktes Papier, auf dem zu lesen war, daß es fine Twist sei, hergestellt von der Firma Hanewacker, Kopenhagen. Nun wird allgemein dem deutschen Kautabak innen ein kleiner Zettel beigefügt, der den Namen des Fabrikanten trägt. Als ich diesen „Auslandstwist" auswickelte, fand sich der bekannte Zettel, auf dem zu lesen war: G. A. Hanewacker, Nordhausen. Aber ich bleibe dabei, es war doch Auslandsware, das sah ich doch am einzigen Kennzeichen, dem Preise!

Soll der „Tabak-Arbeiter" Versammlungsberichte bringen?

Die Zahlstelle Naunhof bei Leipzig hat dem Vorstande unseres Verbandes einen Antrag übermittelt, der verlangt, daß der „Tabak-Arbeiter" von nun an wieder Versammlungsberichte aufnimmt. Dem Antrag ist eine längere Begründung beigegeben. Da es eine allgemein interessierende Frage ist, drucken wir den Antrag

nebst Begründung ab. Weil wir als Redaktion wohl berufen sind, auch ein Wort in dieser Sache mitzureden, erlauben wir uns, auch unsere Meinung zu sagen. Antrag und Begründung lauten:

Die Mitglieder unterzeichneter Zahlstelle haben in einer Mitgliederversammlung dahingehend Beschluß gefaßt, folgenden Antrag zu formulieren und zur Ueberweisung an den Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes mit beigefügter Begründung einzureichen:

Der Hauptvorstand möge beschließen, daß in nächster Zeit wieder die Berichte der Zahlstelle entgegengenommen und im Tabak-Arbeiter, dem Organ unseres Verbandes, veröffentlicht werden.

Die Antragsteller ersuchen um Berücksichtigung ihres Antrages und führen hierfür nachfolgende Begründung an: Seit langer Zeit schon vermissen wir die geistig sehr anregenden Berichte der Zahlstellen in unserem Fachorgan, und wir sind der Meinung, daß man endlich einmal mit diesem System gebrochen werden muß. Erstens schon deshalb, daß wir doch den anderen gewerkschaftlichen Organisationen nicht nachstehen möchten und den Mitgliedern unserer Gewerkschaft die gleichen Rechte eingeräumt wissen wollen. Die Zentralleitungen der meisten anderen Gewerkschaften haben ihr Verbandsorgan den Zahlstellen zur Berichterstattung über die örtliche Tätigkeit nach wie vor zur Verfügung gestellt. Und warum sollte, was bei anderen Organisationen möglich ist, nicht auch in unserer Gewerkschaft möglich sein? Unsere Ansicht geht dahin, daß bei etwas gutem Willen dies auch in unserem Verbande durchführbar wäre. Zum andern sind wir der Meinung, daß die Berichte über die Tätigkeit unserer Kollegen und Kolleginnen in den verschiedenen Zahlstellen mancherorts anfeuernd wirken würden. Auch würde dadurch die Gleichgültigkeit der Kollegen, die infolge des Krieges und der damit verbundenen schweren wirtschaftlichen Zustände in manchen Zahlstellen jetzt Platz gegriffen hat, hinweggebannt werden. Die örtliche Berichterstattung wird wieder neues Leben in die Reihen der Kollegen bringen und zu neuer Tätigkeit aneifern und dadurch schon allein agitatorische Wirkungen erzielen. Unsere Meinung ist diese, daß gerade jetzt in dieser schweren Zeit es unumgänglich nötig wäre, daß die Kollegen der einzelnen Zahlstellen Fühlung miteinander haben, was natürlich nur durch die Aufnahme der erwähnten Berichte möglich wäre. Man weiß ja in den einzelnen Orten nicht einmal die jetzt herrschende Stimmung unter den Kollegen, was ja unter den politischen Verschiebungen und Veränderungen eine dringende Notwendigkeit geworden ist. Der Vorstand wird es natürlich wegen Papierknappheit mit Platzmangel entschuldigen wollen. Wir erkennen es ja an, daß mit dem Platz gespart werden muß, doch sind wir der Ansicht, daß die wertvollen Berichte der Zahlstellen hierbei in den Vordergrund zu stellen sind und in allererster Linie Aufnahme finden müssen. Mögen doch derartige Artikel wie in Nr. 37 des Tabak-Arbeiter vom 16. September „Zum Hilfsdienstgesetz", dann in Nr. 32 vom 12. August die Artikel „Das Grundübel" und „Beugt vor" eine Beschränkung erfahren, da deren Sinn ja schon genügend in der politischen Tagespresse Erörterung findet und dementsprechend beleuchtet wird. Für uns kommt hierbei in Betracht, daß vor allen Dingen in unserem Fachorgan die Vorgänge gewerkschaftlicher Natur in der Tabakbranche genügend Würdigung finden.

Aus den vorgeführten Gründen stellen die Mitglieder der unterzeichneten Zahlstelle (einstimmig angenommen) obigen Antrag und ersuchen den Vorstand, ihn in Erwägung zu ziehen und selbigen zur Annahme gelangen zu lassen. Gleichzeitig fordern wir den Hauptvorstand auf, unseren eingebrachten Antrag und die dafür aufgestellte Begründung in demselben Wortlaut, wie wir ihn hiermit einsenden, unverzüglich im Tabak-Arbeiter aufzunehmen und zur Kenntnis sämtlicher organisierten Tabakarbeiter und -arbeiterinnen zu bringen.

Zahlstelle Naunhof, 11. Oktober 1917.

R. Kadelbach, 1. Bev.

Anmerkung der Redaktion: Zunächst darf wohl der Grund genannt werden, weshalb die Versammlungsberichte in der früheren Art jetzt im Tabak-Arbeiter fehlen. Als der Krieg begann, sah sich die Verbandsleitung aus den verschiedensten Gründen genötigt, wo es anging, Einschränkungen zu machen. Auch unser Organ mußte daran glauben; sein Umfang wurde von abwechselnd acht und zehn Seiten auf zwei Seiten verkleinert. Daß unter solchen Umständen nur das Allernotwendigste berücksichtigt werden konnte, ist begreiflich. Für die Redaktion gehörten die Versammlungsberichte nicht zu dem Notwendigsten, das unbedingt veröffentlicht werden mußte. Das ist auch im Tabak-Arbeiter ausgesprochen worden und keine Stimme hat sich dagegen gewandt. Gleichzeitig hat die Redaktion zugesichert, daß wichtige die Tabakarbeiterinteressen berührende Fragen immer besprochen werden sollten und könnten, es möchte nur, wenn sich Wichtiges zugetragen, darüber berichtet werden. Das war selbstverständlich. Nach einiger Zeit wurde der Umfang des Blattes wieder um zwei Seiten erweitert. Freilich blieben auch jetzt die Versammlungsberichte, wie sie sonst üblich waren, fort, eben weil für die Redaktion noch dieselben Gründe bestanden.

Nun wünscht die Zahlstelle Naunhof, daß die Versammlungsberichte in der alten Weise wieder veröffentlicht werden sollen. Gegen dieses Verlangen müssen wir uns auch jetzt noch erklären. Es ist nicht daran zu denken, daß während des Krieges und der Zeit des Papiermangels eine Erweiterung unseres Organs hinsichtlich des Raumes möglich ist, eher ist das Gegenteil zu befürchten. Und da sind wir der Meinung, daß der Stoff nach seiner Wichtigkeit zu wählen ist. Und wir sind weiter der Meinung, daß die Versammlungsberichte, wie wir sie vor dem Kriege in unserem Organ hatten, ganz allgemein gedacht, wirklich nicht das Wichtigste sind. Die Gründe Zahlstelle Naunhof treffen nicht zu. Da wird ganz allgemein von geistig anregenden und anfeuernden Berichten gesprochen, die, wenn sie nur abgedruckt werden würden, die Gleichgültigkeit verbannen, neues Leben in die Reihen bringen und agitatorisch wirken würden. Ja, wenn das so bedingungslos der Fall wäre, müßte die Redaktion einfach zum Teufel gejagt werden, denn dann hätte sie sich durch die Einstellung des Abdrucks der Versammlungsberichte arg gegen den Verband und die Interessen der organisierten Tabakarbeiter vergangen. An sich kann man natürlich gegen eine Berichterstattung aus den Zahlstellen nichts einwenden, der Redaktion ist sogar eine rege Berichterstattung und Mitarbeit sehr erwünscht; sie hat oft genug darum gebeten, zumal sie sich doch nichts aus den Fingern saugen kann und über die Verhältnisse im Gewerbe durchaus unterrichtet sein muß. Je besser sie über die Vorkommnisse unterrichtet ist, um so nachdrücklicher kann sie ihre publizistische Pflicht im Interesse der Tabakarbeiter erfüllen. Aber sagen wir es nur rund heraus: Mit der Berichterstattung und Mitarbeit unsrer Tabakarbeiter und -arbeiterinnen liegt es noch sehr im Argen. Die Versammlungsberichte in der früheren Weise haben unser Organ gar zu oft einige furchtbar lederne Spalten gebracht. Damit soll nicht gesagt sein, daß alle Berichte wertlos waren; es gab Zahlstellen, auch sehr große, die nur berichteten, wenn sich etwas Besonderes zugetragen hatte, oder wenn eine wichtige Frage zur Reife gebracht wurde. Aber die Leser legen das Blatt einfach aus der Hand, wenn sie weiter nichts lesen, als daß in Zahlstelle A und B und C usw. die Versammlung dann und dann durch den Bevollmächtigten Soundso eröffnet wurde; daß dann der Kollege Soundso das Wort erhielt, und daß er in längeren und gediegenen Ausführungen seinen Standpunkt klarlegte und Beifall fand; daß die und die Kollegen sich an der Debatte beteiligten; daß die Abrechnung in jedem einzelnen Punkt in Einnahme und Ausgabe soundsoviel ergab und auf Antrag der Revisoren dann „Decharge" erteilt wurde; daß dann noch in einer örtlichen Angelegenheit die und die Kollegen das Wort nahmen; und daß schließlich die Versammlung um die und die Zeit durch Kollegen Soundso wieder geschlossen wurde. Was eigentlich wichtig und von allgemeinem Interesse war, wurde oft überhaupt nicht berichtet. Nein, solche Berichterstattung wirkt sicher nicht anregend, anfeuernd, agitatorisch. Gewiß sollen die Zahlstellen voneinander lernen, gewiß sollen sie in geistiger Fühlung miteinander sein; und was kann hier wohl ein besserer Vermittler sein als das Verbandsorgan. Das ist ja ihr eigentlicher Zweck! Aber da fragen wir: Wird denn dieser Zweck nur erreicht, wenn die Versammlungsberichte in der alten Form wieder Platz finden? Wir meinen, daß man aus völlig Bedeutungslosigkeiten nichts lernen und mit Nichtigkeiten das Band der Zusammengehörigkeit nicht festigen kann. Würde uns aber einmal berichtet, daß von allgemeinem Interesse für die Tabakarbeiterschaft oder für unser Verbandsleben war, so ist es auch in irgend einer Form im „Tabak-Arbeiter" verwertet worden, und, soweit wir es verstehen, wirksam verwertet worden. Vielleicht prüfen die Mitglieder in Naunhof daraufhin einmal den „Tabak-Arbeiter" in seinen Kriegsjahrgängen. Wir erinnern uns nicht, daß uns von Naunhof während dieser Zeit überhaupt etwas berichtet worden ist, so daß demnach auch nichts Wichtiges von dort von uns unterdrückt sein kann. Daß im „Tabak-Arbeiter" Fragen, die für unsern Beruf irgendwelche Bedeutung haben, übergangen werden, kann man nach unsrer Meinung nicht behaupten. Wir haben uns bemüht und sehen es als unsre erste Aufgabe an, die Tabakarbeiterschaft in allen Berufsfragen ein zuverlässiger Berater zu sein. Das könnte in noch größerem Maße der Fall sein, wenn uns manche wichtige Tatsache und Erscheinung mitgeteilt werden würde, die heute über das Bekanntwerden im Orte nicht hinauskommt. Freilich muß sich die Redaktion die Entscheidung darüber vorbehalten, was zur Veröffentlichung geeignet ist oder nicht. Nun findet sich in der Begründung der Zahlstelle Naunhof auch folgender Satz: „Man weiß ja in den einzelnen Orten nicht einmal die jetzt herrschende Stimmung unter den Kollegen, was ja unter den politischen Verschiebungen und Veränderungen eine Notwendigkeit geworden ist." Demgegenüber ist zu sagen, daß unser Verband und auch unser Organ mit der politischen Stimmung der Tabakarbeiter nichts zu tun hat. Weder ist der Verband ein politischer Verein, noch ist es Aufgabe, in den Mitgliederversammlungen rein politische Dinge zu erörtern; ebenso wenig ist das Verbandsorgan dazu berufen, politischen Stimmungen Ausdruck zu geben. In diesem Sinne ist bisher auch von allen Seiten gehandelt worden, und, wie wir annehmen, im Einverständnis mit den Mitgliedern. Die Zahlstelle Naunhof verlangt sogar, daß die sozialpolitischen Artikel zugunsten ihrer Auffassung zurückgedrängt werden, obwohl zu den sozialpolitischen Fragen Stellung zu nehmen, eine Lebensaufgabe der Gewerkschaften ist. Es ist ein unheilvoller Widerspruch, auf der einen Seite im „Tabak-Arbeiter" politische Orientierung zu erwarten, auf der andern aber die Sozialpolitik zurückdrängen zu wollen. Der letzteren weisen die Naunhofer auf die politische Tagespresse hin, während sie sich sonst sogar im „Tabak-Arbeiter" politisch orientieren wollen. Im Interesse unsrer Tabakarbeiterbewegung muß und wird die Redaktion sich diesem Teil der Begründung widersetzen, solange nicht die höchste Instanz des Verbandes ihr eine andre Pflicht auferlegt. Was nun der Hinweis auf andre Organisationen und deren Organe betrifft, so sei zunächst gesagt, daß für die Tabakarbeiterbewegung maßgebend ist, was ihr dienlich ist. Wenn andre Gewerkschaften es anders machen als wir, so ist das ihre Sache; für uns liegt kein Grund vor, ohne innere Begründung etwas zu tun, was andre tun. Im übrigen haben die meisten Gewerkschaftsblätter längst mit den Versammlungsberichten derart, wie wir sie früher hatten, gebrochen; sie veröffentlichen, zwar in der Form verschieden, immer nur allgemein interessierende Berichte und Mitteilungen aus den einzelnen Orten. — Wir haben uns bei dieser Gelegenheit über die Frage der Versammlungsberichte einmal ganz allgemein ausgelassen und hoffen, daß unsre Meinung nicht nur zum Nutzen unsres Organs, sondern zum Nutzen unsrer Bewegung überhaupt bei den Mitgliedern Verständnis findet. Daß wir damit nicht jeden Versammlungsbericht verbannt wissen wollen, ist ganz selbstverständlich; wir wünschen nur, daß der „Tabak-Arbeiter" auf der Höhe ist. Für den Augenblick aber sind auch unsre Gründe nicht maßgebend, sondern es zwingt die rein technische Frage der Raumknappheit schon dazu, so zu handeln, wie seit Kriegsbeginn in Bezug auf die Versammlungsberichte gehandelt worden ist. Ist diese Kalamität beseitigt, wird die Frage weiter zu prüfen sein. —

Aus der Schweiz.

Der Zentralverband der Lebens- und Genußmittel-, sowie der Handels- und Transportarbeiter der Schweiz gibt in der letzten Nummer seines Organs „Solidarität" eine Uebersicht über die Ergebnisse seiner Lohnbewegungen im ersten Halbjahr 1917. Die Bewegungen in der Tabakindustrie brachten folgendes Resultat: Basel. Die Zigarrenfabrik Veit u. Cie. bewilligte eine Erhöhung der Teuerungszulage um 15 Fr. pro Vierteljahr für die Verheirateten und 12 Fr. für die Ledigen. Bern. Für die Packerinnen der Zigarettenfabrik [illegible] wurde der Tagelohn um 20 Cts. erhöht. Burgdorf. Die Arbeiter der Firma Schürch u. Cie. erhielten bei der ersten Bewegung eine Teuerungszulage von durchschnittlich 4 Fr. per Woche. Die zweite Bewegung brachte eine Erhöhung der Akkordlöhne um 30 bis 40 Cts. per Mille, was ungefähr einer Mehreinnahme von 1 Fr. per Woche gleichkommt. frères u. Cie. erhielten bei der ersten Bewegung eine Zulage von Chêne-Bourg. Die Arbeiter der Zigarrenfabrik Vautier 25 Fr. Bei der zweiten Bewegung konnten die Lohnverhältnisse um 4 Fr. per Woche verbessert werden. Genf. Die Arbeiterinnen der Zigarettenfabrik Philippossian erreichten bei der ersten Bewegung eine Erhöhung des Tagelohns von 2,20 Fr. auf 2,75 Fr., bei der zweiten Bewegung eine Zulage von 5 Prozent. Zu dem gleichen Resultat, 5 Prozent Erhöhung, führte die Bewegung mit den übrigen Betrieben, Laurens, Gehrer, Dufour, Tschumfaten, Rinci u. Brauvers. Gontenschwil. Auf dem Unterhandlungswege konnte für die Arbeiter der Zigarrenfabrik Eichenberger-Baur eine Lohnerhöhung im durchschnittlichen Betrage von 1,80 Fr. per Woche erzielt werden. Menziken. Für fünf Arbeiterinnen der Zigarrenfabrik Weber Söhne wurde eine Zulage von 10 Cts. per Tag erreicht. Rheinfelden. Die Arbeiter der Zigarrenfabrik Wuhrmann u. Doge erhielten eine Lohnerhöhung von 10 Prozent. Wynental. Unter Vermittlung des Regierungsrates des Kantons Aargau gelang es, folgende Teuerungszulagen für die gesamte Arbeiterschaft des Wynen- und Seetals zu erreichen: 2 Fr. per Woche für die Verheirateten und Verwitweten, 1,50 Fr. für die Ledigen, Zulagen für Schulkinder 0,75 Fr., Zulagen für Kinder 0,25 Fr. Yverdon-Grandson. Die in den beiden Betrieben der Zigarrenfabrik Vautier frères beschäftigten Arbeiter erhielten eine einmalige Zulage von 25 Fr. Eine weitere Bewegung brachte der Arbeiterschaft eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 4 Fr. per Woche. Zürich. Auf eine Eingabe ließ die Zigarettenfabrik Gerber u. Cie. eine 20prozentige Teuerungszulage eintreten.

Internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern.

Nach einem Beschlusse der internationalen Zusammenkunft von Gewerkschaftsvertretern in Stockholm im Juni d. J. sollte zum 17. September d. J. eine internationale Gewerkschaftskonferenz in der Schweiz abgehalten werden. Mit der Vorbereitung dazu wurde die schweizerische Gewerkschaftszentrale beauftragt. Die Einberufung verzögerte sich, weil allen Organisationen Gelegenheit zur Teilnahme gegeben werden sollte, bis zum 1. Oktober. Die Konferenz dauerte vier Tage. Die Amerikaner, Engländer und Belgier hatten die Teilnahme abgelehnt. Die Amerikaner, weil sie sich von einer Konferenz nichts versprechen, die Belgier ohne Angabe von Gründen, während die Engländer durch Appleton das Zusammenkommen mit deutschen Vertretern anmaßend zurückwiesen. Von Italien und Spanien waren keine Mitteilungen eingegangen, doch ist anzunehmen, daß sie wegen Paßschwierigkeiten nicht kommen konnten. Die Franzosen hatten mitgeteilt, daß sie kommen wollten, doch ging im Laufe der Konferenz ein Telegramm ein, nach welchem die französische Regierung die Pässe verweigert habe.

Auf der Konferenz waren somit vertreten: Bulgarien (durch 2 Delegierte), Dänemark (3), Deutschland (10), Holland (6), Norwegen (3), Oesterreich (6), Schweden (5), Schweiz (11), Ungarn (10), sowie außerdem 5 Vertreter der tschecho-slawischen Gewerkschaften in Böhmen, die dem Bunde nicht angehören, zur Konferenz aber zugelassen wurden mit der Einschränkung, daß sie in den reinen Organisationsfragen des Bundes ebenso wie die zurzeit nicht angeschlossenen bulgarischen Vertreter kein Stimmrecht hatten. Die Verhandlungen fanden in deutscher, französischer und skandinavischer Sprache statt.

Die Tagesordnung betraf die Sitzverlegung und Reorganisation des Internationalen Gewerkschaftsbundes und die Friedensforderungen der Gewerkschaften. Vor Eintritt in die Tagesordnung wies Genosse Bauer die Anmaßung, wie sie im Schreiben Appletons zum Ausdruck kam, entschieden zurück. Bauer wies, wie das „Correspondenzblatt" berichtet, treffend nach, wie wenig gerade die Engländer berechtigt sind, in moralischer Entrüstung wegen brutaler Kriegführung usw. zu machen, die in Indien, im Burenkriege usw. mit der größten Brutalität vorgingen und jetzt zuletzt im Weltkriege die Aushungerung der deutschen Frauen, Kinder und Greise in brutalster Weise betreiben, wobei sie auch gegen die Neutralen eine völkerrechtswidrige Kriegführung belieben. Redner wandte sich schließlich dagegen, daß derartige Vorwürfe innerhalb der Arbeiterbewegung erhoben werden, weil der Krieg an sich Brutalität sei und dementsprechend auch in Formen, in denen er geführt wird. Den Gewerkschaften liegt es vielmehr ob, praktische Arbeit für den Frieden zu leisten und zu diesem Zwecke muß eine Einmütigkeit herbeigeführt werden. Das lehnen die Engländer ab, die sich die Sklaverei gefallen lassen, daß ihnen die Regierung die Pässe sogar für Stockholm verweigert, wohin sie gehen wollten. Sie erweisen sich als Chauvinisten, die auf dem gleichen chauvinistischen Standpunkt stehen wie die Regierung. Solange sie bei dieser Haltung verweilen, werden die deutschen Arbeiter entschieden gegen die englischen Aspirationen auf die deutsche Unabhängigkeit und Existenz weiterkämpfen.

Gegen die Stimme Ungarns, das einen weitergehenden Antrag gestellt hatte, wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die internationale Konferenz bedauert sehr, daß es den Vertretern der französischen Gewerkschaften durch ihre Regierung unmöglich gemacht wurde, in Bern zu erscheinen.

Dieser Ablehnung der Teilnahme an der Konferenz Folge zu geben, erscheint ihr unverständlich, weil sie im Widerspruch steht mit den Bestrebungen und den Zielen der internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Die Konferenz betrachtet sich nicht als kompetent, über die Frage der Mitschuld der Völker und ihrer Regierungen am Kriege und dessen Begleiterscheinungen zu urteilen, und geht deshalb über das Schreiben der britischen Gewerkschaftszentrale zur Tagesordnung über, indem sie dem heißen Wunsche Ausdruck gibt, es möchten in allen Ländern Führer und Massen des organisierten Proletariats mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auf einen baldigen Friedensschluß hinwirken."

Die Kommission für die Vorberatung der Sitzverlegung des Internationalen Bureaus ließ durch Hansen (Däne) erklären, daß sie zu einer Ablehnung der Sitzverlegung unter den jetzigen Umständen gekommen sei, weil die Konferenz keine Vollkonferenz sei. Da die ursprünglichen Antragsteller nicht anwesend seien, könne keine Verständigung über den eventuellen künftigen Sitz des Bundes erzielt werden. Es habe daher keinen Zweck, jetzt eine Entscheidung in der Frage treffen zu wollen, weil keine Gewähr dafür gegeben sei, daß die abwesenden Landeszentralen sich einer solchen Entscheidung fügen werden. Gegen die Geschäftsführung seitens der Deutschen habe niemand Einwände erhoben, was der Berichterstatter ausdrücklich feststellte.

In der sehr eingehenden Debatte wurde die Sitzverlegung nur von den Vertretern der Schweiz gefordert, während die Ungarn eine vorläufige Uebertragung des Sekretariats an die Schweizer für die Dauer des Krieges als zweckmäßig empfahlen, um die Ententegewerkschaften für das weitere Zusammenwirken zu gewinnen. Fimmen (Holland) wies diese Auffassung entschieden zurück; die Engländer sowohl als die Amerikaner hätten sich auch vor dem Kriege wenig um das internationale Zusammenwirken gekümmert, sie seien überhaupt schwer dafür zu gewinnen gewesen. Jetzt erklären die Engländer in ihrem Schreiben, daß sie mit den Deutschen nichts zu tun haben wollen; es sei also gleichgültig, wo das Sekretariat seinen Sitz habe, denn eine Gewähr für die Teilnahme der Engländer habe man auch bei einer Sitzverlegung nicht. Greulich, Schweiz, der als Gast das Wort erhielt, verlangte von den Deutschen eine freiwillige Erklärung zugunsten der Sitzverlegung, was Brey-Hannover für die deutsche Delegation ablehnte. Solange uns nicht nachgewiesen wird, daß wir in der Betätigung internationaler Solidarität hinter den andern zurückstehen und die Geschäfte des Gewerkschaftsbundes vernachlässigt haben, könne von einer solchen Erklärung keine Rede sein.

Die Schweizer Befürworter der Sitzverlegung hatten keine Einwendungen gegen die Geschäftsführung des Sekretariats zu erheben. Sie führten lediglich Zweckmäßigkeitsgründe an, die eine Verlegung erforderlich machen sollten. Der Krieg habe die Gewerkschaften der Großmächte einander entfremdet und die neutrale Vermittlung sei nötig, um das gegenseitige Einvernehmen wieder herzustellen. — Die Konferenz konnte diese Gründe nicht anerkennen, sie entschied sich vielmehr für den Standpunkt der Kommission, daß nur auf einer späteren Konferenz, an der die angeschlossenen Organisationen möglichst vollzählig vertreten sind, die endgültige Entscheidung getroffen werden könne. Gegen die Stimme der Schweiz wurde folgendem Antrage der Kommission zugestimmt:

„Die Konferenz lehnt die Frage der Sitzverlegung prinzipiell nicht ab. Die Umstände, unter welchen die Verlegung des Sitzes des internationalen Gewerkschaftsbundes verlangt wird, sowie die Abwesenheit der ursprünglichen Antragsteller selbst veranlassen jedoch die Konferenz, die Beschlußfassung über eine so wichtige Frage der Organisation zu vertagen und der nächsten Konferenz vorzulegen.

Um jedoch die internationale Verbindung unter den dem Bunde angeschlossenen Landesorganisationen aufrechtzuerhalten, bestätigt die Konferenz die Zweigstelle in Amsterdam und beauftragt sie, ihre bisherige Vermittlungsarbeit fortzusetzen und aus-

ordnen. Die Konferenz erwartet weiter, daß die Landeszentralen alles daran setzen, daß die her... noch vorherrschenden Differenzen, die nur durch den Krieg entstanden sind, sobald als möglich beseitigt werden, und die Einheit herbeigeführt wird."

Hierzu gab dann ... Verhandlungsleiter Legien im Auftrage der deutschen Delegation folgende Erklärung ab:

„Die Vertreter der Gewerkschaften Deutschlands ..., daß ihre Weigerung, heute einer Sitzverlegung zuzustimmen, nicht so aufgefaßt werden dürfe, daß sie unter allen Umständen den Sitz des internationalen Gewerkschaftsbundes in Deutschland behalten wollen. Sie sind zu ihrer Stellung genötigt, weil insbesondere von den englischen Gewerkschaften gesagt worden ist, daß die Sitzverlegung gleichbedeutend mit einem Mißtrauensvotum gegen Deutschland sei. Der internationale Gewerkschaftsbund kann nur erhalten werden, wenn volles Vertrauen aller Landeszentralen zu einander vorhanden ist. Sobald sämtliche Landeszentralen bereit sind, zu einer Konferenz zusammenzutreten, sind die Gewerkschaften Deutschlands bereit, über eine Sitzverlegung des internationalen Gewerkschaftsbundes ordnungsgemäß zu verhandeln."

In Bezug auf die Friedensforderungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes zeigte sich volle Einigkeit der vertretenen Gewerkschaften. Die Kommission (Berichterstatter Jansen-Deutschland) hatte sich in allen wesentlichen Punkten auf die Vorschläge des Internationalen Sekretariats gestellt. Verschiedene Vorschläge hätten abgelehnt werden müssen, da sie weit über das hinausgehen, was bisher im nationalen Rahmen verwirklicht werden konnte, so beispielsweise den Antrag der Schweiz auf sofortige Anerkennung des Achtstundentages im Friedensvertrag, während der Antrag der englischen Konferenz in Leeds auf Festlegung des Zehnstundentages als internationalen Maximalarbeitstag Zustimmung finden mußte, weil am Friedensvertrag eine große Zahl von Ländern beteiligt sein werde, deren Arbeitszeitverhältnisse noch vollkommen ungeregelt sind, so daß dort der Zehnstundentag ein großer Fortschritt sein werde. Die Kommission sei jedoch über den Leedser Antrag hinausgegangen, indem sie die etappenweise Durchführung des Achtstundentages fordere. Man habe sich für ein Mindestprogramm entschieden. Deshalb habe der spezielle Berufsarbeiterschutz bis auf den Seemannsschutz ausgeschieden werden müssen; man habe sich auf die Fragen des allgemeinen Arbeiterschutzes, Freizügigkeit, Koalitionsrecht, Sozialversicherung, Arbeitszeit, Hygiene und Unfallverhütung, Heimindustrie, Kinderschutz, Arbeiterinnenschutz und die Durchführung des Arbeiterschutzes beschränkt. Die Förderung des Arbeiterschutzes durch den Friedensvertrag sei notwendig. Die Volkskraft sei durch den Krieg so geschwächt, daß eine Gesundung nur durch außerordentliche Maßnahmen möglich sei. Die geforderten und notwendigen Mindestleistungen müssen international festgelegt werden, was im Friedensvertrag zu geschehen habe.

Die Vorlage der Kommission fand die allgemeine Zustimmung der Konferenzteilnehmer. Reichsratsabgeordneter Domes (Wien) betonte besonders die Wichtigkeit einer einheitlichen Aktion der Gewerkschaften aller Länder, um die Regierungen zur Anerkennung dieser sozialpolitischen Forderungen zu bewegen. Eine von Leipart (Deutschland) eingebrachte Resolution trug diesen Anregungen Rechnung. Das Friedensprogramm fand hierauf in der Kommissionsfassung einstimmige Annahme. Ebenso die nachfolgende Resolution Leipart:

„Im Anschluß an die Aufstellung der Friedensforderungen richtet der Internationale Gewerkschaftskongreß an die Gewerkschafts- und Arbeitervertreter aller Länder die dringende Aufforderung, für die Anerkennung und Durchführung dieser aufgestellten Arbeiterforderungen mit allen Kräften einzutreten. Alle Gewerkschaftszentralen werden verpflichtet, die aufgestellten Forderungen ihren Regierungen bald einzureichen und sie zu veranlassen, bei den Friedensverhandlungen für die Annahme der internationalen Arbeiterforderungen einzutreten. Die Konferenz verlangt und erwartet von den Regierungen aller an den Friedensverhandlungen teilnehmenden Länder, daß zu den Feststellungen des sozialpolitischen Teils der Friedensbedingungen auch Vertreter der Gewerkschaften jedes Landes zugezogen werden."

Nachdem Tufar (Böhmen) die Bereitwilligkeit der Tschechen zur internationalen Mitarbeit erklärt hatte und auf Antrag Fimmen (Holland) eine Begrüßungsdepesche an die französischen und italienischen Gewerkschaften wegen ihrer Bereitwilligkeit, die Konferenz zu beschicken, beschlossen war, wurde diese mit einigen herzlichen Worten vom Vorsitzenden Schneeberger (Schweiz) geschlossen.

Tabaksteuer in Dänemark.

Wir berichteten in Nr. 41 des „Tabak-Arbeiter" nach den Vereinigten Tabak-Zeitungen über den Plan einer Fabrikatsteuer auf Tabakwaren. Das Blatt teilt nun mit, daß der Plan geändert worden ist, indem bei allen Parteien des Folkethings eine Einigung darüber erzielt worden ist, daß die billigen Zigarren steuerfrei bleiben müssen. Es sollen demnach Zigarren, die im Detailpreis nicht mehr als 10 Oere pro Stück kosten, steuerfrei bleiben. Für teurere Zigarren ist folgende Steuer vorgesehen. Das Blatt berichtet, daß die Steuer betragen soll: „Bei einem Detailpreis über 9—11 Oere 10 Prozent, über 11 bis 12½ Oere 20 Prozent, über 12½—20 Oere 25 Prozent, über 20 Oere 33⅓ Prozent.

Die Steuer ist also differenzierter geworden, namentlich für die Zigarren in der Preislage von 12½ bis 20 Oere. Die für Zigaretten vorgeschlagenen Aenderungen nehmen besondere Rücksicht auf die Zigaretten im Preise unter 2 Oere, die steuerfrei bleiben.

Ein ganz neuer Paragraph bestimmt, daß diejenigen Tabakarbeiter, die infolge der Besteuerung arbeitslos werden, Anspruch auf Entschädigung durch die Staatskasse haben. Diese Entschädigung darf aber nicht drei Viertel des verlorenen Arbeitslohnes übersteigen und die Entschädigung wird durch die Kassen für Arbeitslosigkeit gezahlt."

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Carl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telephonamt Roland 6046.

Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstr. 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Geld-, Einschreib- und Wertsendungen nur an W. Nieder-Wellauf, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg. Postscheckkonto Nr. 5349 beim Postscheckamt in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Joh. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Riendorf, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an E. Scharne, Hamburg, Besenbinderhof 57 III, Zimmer 45 und 46 (Gewerkschaftshaus) zu adressieren.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (V. = Verbandsbeiträge, L. = Lokalbeiträge):

29. September: Hockenheim V. 300,—. 30. Reutlingen V. 90,—. 4. Oktober: Altenburg V. 100,—. 8. Lunzenau V. 120,—. 12. Neustadt am Rennsteig V. 170,95. 13. Neuenkirchen V. 20,—. Süddemmern V. 60,—. Großbreitenbach V. 39,35. Vlotho V. 100,—. Orsoy a. Rh. V. 160,—. Kahla V. 70,—. Mühlberg a. d. E. V. 60,—. 14. Oerlinghausen V. 220,—. Klein-Steinheim V. 171,51. Oranienbaum V. 200,—. Seesen V. 100,—. Sulau V. 63,94. 15. Lampertheim V. 120,—. Hildesheim V. 200,—. Dietesheim V. 55,18. Langwedel V. 100,—. Varel V. 23,—. Lübeck V. 105,98. Burhlar V. 90,—. Forst V. 15,—. Helmarshausen V. 15,99. Göhnitz V. 10,—. Mutzschen V. 60,—. Segeberg V. 30,—. Hameln V. 150,—. Storkow V. 30,—. Oederan V. 40,—. Seifhennersdorf V. 200,—. Roßbach V. 33,74. 16. Harburg V. 50,—. Kirchlengern V. 100,—. Großrüden V. 90,—. Celle V. 27,—. Glückstadt V. 50,—. Aschersleben V. 25,—. Lübben V. 191,80. Naunhof V. 100,—. Frankenstein V. 58,—. Ohlau V. 250,—. Berlin V. 700,—. 17. Northeim V. 36,66, L. 1,63. Münchehof V. 50,—. Lübbecke V. 200,—. Burgsteinfurt V. 190,—. Wolfenbüttel V. 90,—. Zeitz V. 80,—. Tannenberg V. 100,—. 18. Wittenberg V. 209. Bremen V. 250,—. 19. Heidelberg V. 200,—.

Berichtigung. In Nr. 42 des Tabak-Arbeiter muß es unter dem 29. September heißen: Berlin 300,— M. statt 200,— M.

Bremen, den 22. Oktober 1917.

W. Nieder-Wellauf.

Abrechnungen vom dritten Quartal 1917 gingen ein:

1. Gau Hamburg: Varel, Segeberg, Uetersen, Harburg, Wedel, Blankenese, Bergedorf, Neuhaus, Oldenburg; 2. Gau Hannover: Hannover, Northeim, Münchehof, Oranienbaum, Wolfenbüttel, Einbeck, Waldkappel, Großbreitenbach, Neustadt; 3. Gau Nordhausen: Reichensachsen, Rotenburg; 4. Gau Herford: Spenge, Burgsteinfurt, Lübbecke, Lippstadt, Enniglo h, Duisburg, Brake in Lippe, Osnabrück, Schweicheln, Salzuflen, Hüllerkreuz, Oerlinghausen, Langendreer; 5. Gau Frankfurt a. M.: Klein-Steinheim, Bieberach, Mühlheim a. M., Heppenheim, Lampertheim, Bollenbar; 6. Gau Heidelberg: Bruck bei Erlangen, Heidelberg, Karlsruhe, Edenkoben, Menzingen; 7. Gau Offenburg: Straßburg; 8. Gau Erfurt: Ronneburg, Weißenfels, Altenburg, Erfurt, Gera; 9. Gau Dresden: Mutzschen, Seifhennersdorf, Johanngeorgenstadt, Tannenberg, Wittenberg, Dresden; 10. Gau Breslau: Jauer, Wohlau, Glatz, Ohlau, Frankenstein, Schwerin, Halbau, Strehlen; 11. Gau Berlin: Forst, Preuß.-Stargard, Elbing, Lübben, Cottbus, Wittenberge, Fürstenwalde, Neuruppin, Friedeberg, Salzwedel, Dahme.

Adressen-Aenderungen.

Vegesack (1). 2. Bv. ... Kowalski, Fähr, Goethestr. 35.
Lampertheim (5). 1. Bv. ... Jakob, Römerstr. 52. 2. Bv. Peter Dieter.
Menzingen in Baden (7). Vertrauensperson Frl. Helene Schwarz, Goldstr. 109.

Arbeitsmarkt.

Offene Stellen.

Mehrere tüchtige Zigarrenarbeiter und Wickelmacherinnen bei gutem Lohn. Nachzufragen: Gauarbeitsnachweis Heinr. Bobbenkamp, Bremen, Faulenstr. 58/60, I., Zimmer 13 (Gewerkschaftshaus). Telephon: Roland 2962. Sprechstunden: vorm. 8½—10½ Uhr, abends 7—8 Uhr.

Mehrere Zigarrenarbeiter und Wickelmacherinnen nach dem Rheinland. Nachzufragen: Gauarbeitsnachweis Wilh. Schütter, Herford, Wälgerstr. 49.

Zwei Roller oder Zigarrenarbeiter, die sich selbst Wickel machen, außerdem eine Wickelmacherin nach Klotzsche bei Dresden für Fabrikarbeit. Die Lohnverhältnisse sind mit 30 Proz. Teuerungszulage bei entsprechender Zurichtung geregelt. Nachzufragen: Gauarbeitsnachweis Joseph Domeyer, Dresden-A., Schützenplatz 20, III.

Gestorben.

Am 11. Oktober starb zu Hamburg der Zigarrenarbeiter August Legow aus Grammenthien, 63 Jahre alt.

Am 14. Oktober starb zu Altenburg Roman Claus aus Zgierz bei Lodz, 42 Jahre alt.

Am 17. Oktober starb zu Dahme die Wickelmacherin Anna Tannhäuser aus Dahme, 49 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

L. Cohn & Co., Berlin C. Brunnenstrasse 24
Grösstes Lager sämtlicher Zigarrenfabrik-Utensilien
Liste 24 T auf Wunsch kostenlos sofort
Rohtabake
Deutschlands grösstes Zigarrenwickelformenlager
Modellbogen 213 T steht Interessenten zu Diensten

Achtung! Rohtabak!
Hengfoss & Maak
Altona-Ottensen

Kein Tabak-Arbeiter darf mehr unorganisiert sein!

DRUCKSACHEN
aller Art in moderner Ausführung für Private und Vereine liefert billigst
J. H. SCHMALFELDT & CO.
BREMEN — GEEREN 6-8

Gummi-Traganth-Ers.
vollwertiger Ers. für echt. Traganth von Firma Paul Schmulta, Berlin N W. 5, in ersten Fabriken mit Erfolg verarbeitet, empfiehlt gebrauchsfertig im Kleinverkauf p. Pfd. 125 ₰
J. H. Koopmann
Bremen, Neustadtswall 36.

Ca. 17000 gebrauchte Wickelformen
alle erdenklichen Fassons, teils wie neu,
zu sehr billigen Preisen am Lager
Fordern Sie Zusendung der Musterbogen
Heinrich Franck, Berlin N 54
Rohtabakhandlung — Brunnenstrasse 22 — Utensilien für Zigarrenfabriken

Verantwortlicher Redakteur: G. Riendorf. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, C. Deichmann. — Druck: Bremer Buchdruckerei u. Verlagsanstalt J. H. Schmalfeldt & Co., Bremen.